Protokoll der dritten Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ vom 21.10.2008

Anwesenheitsliste: siehe Anlage 1

Begrüßung durch den Vorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit
Protokoll der 2. Sitzung des Unterausschusses

Der Vorsitzende, Ingo Junker, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Herrn Quiter verwies darauf, dass Frau Schulenburg und Frau Gassen, die neu benannten Vertreterinnen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, noch nicht durch den JHA gewählt worden seien. Da dieser Unterausschuss vor allem auf inhaltliche Ergebnisse ausgelegt sei, seien sie dennoch zur Unterausschusssitzung eingeladen worden und sollten auch in die Beratungen einbezogen werden. Die Wahl in den Unterausschuss erfolge in der kommenden JHA-Sitzung.

Herr Junker schlug vor, den Tagesordnungspunkt „Integration und soziales Engagement“ als neuen Punkt 6 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Es gab keine Einwände zum Protokoll der 2. Sitzung vom 2.9.2008.

TOP 4: Handlungsfeld Offene Kinder- und Jugendarbeit / politische Bildung

Anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2) erläuterten Herr Liedtke und Herr Kernenbach den Stand der Offenen Jugendarbeit in Sankt Augustin in Bezug auf Einrichtungen, Angebote, Kooperation und Vernetzung sowie Öffentlichkeitsarbeit und die Folgerungen aus den Ergebnissen des Fachforums hierzu.

Frau Roitzheim bat um eine Auflistung der vorhandenen Internet-Seiten sowie der Profile der einzelnen Kinder- und Jugendeinrichtungen. Die Liste der Internetseiten wird diesem Protokoll beigefügt (Anlage 3), die Profile sind den Unterlagen des Fachforums zum Kinder- und Jugendförderplan zu entnehmen, den alle Unterausschussmitglieder erhalten haben.

Frau Janke-Schmidt verwies auf offene Angebote von freien Trägern, z.B. der ev. Kirchengemeinde Menden/Meindorf, die nicht aufgelistet seien. Herr Waldästl ergänzte in diesem Zusammenhang das Angebot der „Startbahn“ des DKSB, das inzwischen mehr als Hausaufgabenhilfe umfasse. Frau Janke-Schmidt und Herr Kernenbach erinnerten an frühere Kooperationen der Einrichtungen mit offenen Angeboten.

Herr Quiter erklärte, dass es zunehmend offene Angebote in der Jugendverbandsarbeit gebe und die Grenze zwischen der klassischen Jugendverbandsarbeit und der offenen Jugendarbeit fließender sei als früher. Es gebe bei der Stadt aber keine Übersicht über wichtige Aktivitäten dieser Art. Eine Erhebung dieser Aktivitäten sei schwierig, er sehe es als Aufgabe an, hierzu geeignete Instrumente zu entwickeln.

Im Weiteren wurde auf die Gefahr verwiesen, dass fundamentalistische und extremistische Gruppen ihre Tätigkeit als Offene Jugendarbeit ausgeben könnten. Herr Quiter verwies in diesem Zusammenhang auf die Aufgabe des Kinder- und Jugendschutzes.

Herr Quiter informierte über die Brandschutzproblematik im Jugendzentrum, die erhebliche qualitative und quantitative Einschränkungen der Arbeit zur Folge haben. Der laufende Betrieb könne aber aufrechterhalten werden. Im kommenden Jahr werde geprüft, ob eine Investition in das vorhandene Gebäude sinnvoll sei, oder ob über einen Neubau nachgedacht werden müsse, bei dem dann auch die unterschiedlichen Bedarfe und die möglichen Nutzungskombinationen zu prüfen seien.

Zum Thema politische Jugendarbeit erinnerte Herr Waldästel an seinen Antrag im JHA zum „politischen Jugendzentrum“, der in den Unterausschuss verwiesen worden sei. Sein Anliegen sei es gewesen, Kindern und Jugendlichen politische Bildung nahe zu bringen. Dies werde zum Teil durch die Partizipationsmöglichkeiten erreicht, jedoch sollten diese durch die Auslage politischen Infomaterials und die Durchführung allgemeinpolitischer Seminare in den Jugendeinrichtungen ergänzt werden.

Frau Roitzheim verwies auf den knappen Personalbestand, Herr Misch stellte grundsätzlich die Frage nach den Möglichkeiten konkreter politischer Angebote in Jugendeinrichtungen und Herr Junker verwies auf die politischen Arbeit der freien Träger und stellte die Frage, wie Angebote politischer Jugendarbeit so niederschwellig umgesetzt werden können, dass sie von den Jugendlichen auch angenommen werden.

Herr Liedtke erläuterte, dass niederschwellige politische Arbeit schon immer Bestandteil der Jugendarbeit gewesen sei, z.B. als Gespräche über aktuelle politische Themen oder Vorgänge. Weitergehende Angebote sehe er skeptisch. Vielmehr sollte interessierten Jugendlichen eine Informationsplattform über bestehende politische Angebote bereitgestellt werden. Er verwies darauf, dass parteipolitische Aktionen im Jugendzentrum nicht möglich seien.

Herr Kernenbach erklärte, dass viele Kinder und Jugendlichen in der städtischen offenen Jugendarbeit aus bildungsfernen Schichten stammten und mit ihnen nur Gespräche möglich seien, die sich aus konkreten Lebenssituationen und erlebten Benachteiligungen ergeben. In diesem Rahmen sei auch die Arbeit an bestehenden Vorurteilen und Stigmatisierungen möglich. Weitergehende politische Angebote würden jedoch auf Ablehnung stoßen.

Frau Janke-Schmidt verwies darauf, dass es auch Gruppen Jugendlicher gebe, die an Angeboten politischer Jugendarbeit interessiert sein. Diesen Jugendlichen sollten entsprechende Angebote unterbreitet werden.

Herr Quiter schlug vor, die politische Bildung im Jugendförderplan als begleitende Aufgabe der Jugendarbeit zu fassen, die im Sinne der Kriterien der Jugendarbeit, situations- und alters-angemessen umgesetzt werden solle. Herr Waldästel erklärte, dass mit dieser Aussage die Grundintention seines damaligen Antrags erfüllt sei.

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Folgerungen zum Handlungsfeld “Offene Kinder- und Jugendarbeit“ wurden mit den angegebenen Ergänzungen angenommen, die Hinweise auf die Personalressourcen sollten jedoch an dieser Stelle entfallen. Die Frage des benötigten Personals ergebe sich aus der Betrachtung des gesamten Kinder- und Jugendförderplans am Ende der Beratungen im Unterausschuss.

TOP 5: Querschnittaufgabe Kooperation Jugendhilfe und Schule

Herr Liedtke und Herr Kernenbach erläuterten die bestehenden Formen der Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule. Herr Liedtke stellte dabei vor allem die positiven Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen dem Cafe Leger sowie der Hauptschule und der Realschule in Menden heraus (Anlage 4).

Frau Janke-Schmidt begrüßte die geschilderten Kooperationen in Menden und fragte nach deren Umsetzung auch in anderen Stadtteilen. Herr Liedtke verwies auf die geplante Übertragung auf Niederpleis. Im Umbau der Sek I sehe er eine große Chance für die Träger der Jugendarbeit zum Erhalt bestehender Kooperation in der Mittagsbetreuung als auch im Ausbau weiterer Kooperationen sowohl als Kooperationspartner im gebundenen Ganztag als auch im Programm „Geld statt Stelle“.

Herr Misch fragte, ob die Strukturen und die unterschiedlichen Zuständigkeiten im Rahmen von Schule einer erfolgreichen Kooperation im Wege stehen und ob Schule überhaupt eine Kooperation wolle. Herr Liedtke bestätigte, dass die Jugendhilfe nicht alleiniger Akteur sei, dass

jedoch die Stadt in ihrer Doppelfunktion als Jugendhilfe- und Schulträger eine besondere Funktion habe. Herr Schlienkamp erklärte, dass die Schulen unter großem Druck stehen und auf die Kooperation mit Trägern der Jugendhilfe angewiesen seien.

Frau Janke Schmidt verwies auf die großen Veränderungen, die sich bei einer Schwerpunktsetzung der Arbeit in Richtung auf Kooperation für die Jugendarbeit ergebe. Zum einen werde die Chance vergeben, mit Jugendlichen aus verschiedenen Schulformen zu arbeiten und diese untereinander ins Gespräch zu bringen, zum anderen werde auch die Unterstützung durch ehrenamtliche Helfer schwieriger. Das Handlungsfeld „Offene Jugendarbeit“ und die Querschnittaufgabe „Kooperation“ müssten zusammen gesehen werden. Auch Frau Roitzheim unterstrich die große Veränderungen, sah in der Kooperation aber den einzigen Weg, Inhalte und Strukturen der Jugendarbeit zu erhalten.

Herr Liedtke verwies darauf, dass etablierte Angebote der offenen Jugendarbeit in die Schulen übernommen werden könnten. Die beiden Systeme sollten nicht verschmelzen, sondern Schulen könnten mit den ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmitteln Angebote bei der Jugendarbeit einkaufen.

Herr Junker regte an, die Kooperation aus Sicht der Jugendarbeit nicht als Angriff sondern als Chance zu sehen und diese aktiv mitzugestalten.

Herr Kernenbach erklärte, aus seiner Erfahrung gewinne die Jugendarbeit auch aus einer Kooperation. Er verwies darauf, dass durch die intensive Betreuung von Kindern in der Mittagsbetreuung ganz andere Zugänge zu diesen Kindern gewonnen und deren Bindung an andere Angebote der Jugendarbeit erreicht werden konnten.

Herr Falk vermisste konzeptionelle Überlegungen zu stadtweiten Kooperation mit allen Schultypen. Herr Liedtke verwies auf die geplante Einsetzung eines runden Tisches und erklärte, es gebe beim Land Überlegungen zu einer Bildungspartnerschaft, die aber vor Ort gesteuert und mit Leben gefüllt werden müsse. Zudem können Jugendhilfeplanung und Schulentwicklungsplanung nicht mehr getrennt voneinander gesehen werden sondern müssen in einer kommunalen Bildungsplanung zusammengefasst werden. Die Stadt als Jugendhilfe- und Schulträger habe dabei eine besondere Koordinierungsfunktion.

Herr Quiter stellte nochmals die Bedeutung der Kooperation als Querschnittaufgabe heraus. Die Gesellschaft und die Aufgabe der Jugendhilfe haben sich geändert. Kooperation sei wichtig, sei aber auch immer von Personen abhängig.

Auf die Frage von Herrn Misch, wer für diesen Prozess zuständig sei und ob Kooperationspartner von der Stadt zugeordnet werden könnten, wandte er ein, Kooperation müsste partnerschaftlich, auf Augenhöhe, erfolgen, und könne nicht angeordnet werden. Die Stadt könne den Prozess nur unterstützen.

Frau Janke-Schmidt setzte sich dafür ein, auch die kleineren, ehrenamtlich getragenen Träger einzubeziehen. Es müsse eine große Informationsplattform geben. Herr Junker schlug vor dies durch Forderung nach der Sicherstellung einer partnerschaftlichen Einbindung auch der ehrenamtlich getragenen freien Träger im Jugendförderplan zu erreichen.

Herr Falk griff die Anregung von Herrn Misch auf, dass die Stadt die Initiative ergreifen solle. Herr Liedtke schlug vor, dies durch den Hinweis auf den Aufbau einer entsprechenden Partnerschaftskultur im Jugendförderplan zu verankern. Die Einschränkung durch den Hinweis auf die personellen Ressourcen auf der angezeigten Folie soll wie bei TOP 4 gestrichen werden.

TOP 6: Querschnittaufgabe Integration und Förderung sozialen Engagements bei Jugendlichen

Herr Misch stellte seine Überlegungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor (Anlage 5).

Frau Roitzheim begrüßten die vorgetragenen Ideen, vor allem den Vorschlag, den Jugendhilfeplan als Broschüre heraus zu geben. Auch Herr Liedtke begrüßte diesen Vorschlag, verwies jedoch auf die hierfür notwendige zusätzliche Arbeit. Er stellte fest, dass diese Querschnittaufgabe die gesamte Jugendhilfe umfasse. Eine Verortung im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans sei aber sinnvoll.

Herr Kernenbach erklärte, dass viele Bereiche dieser Überlegungen bereits umgesetzt würden, dass bisher jedoch noch ein Gesamtkonzept fehle.

TOP 7: Aktuelle Infos aus weiteren Handlungsfeldern

Aktuelle Infos aus anderen Handlungsfeldern wurden nicht vorgetragen, da die in Frage kommenden Informationen in der Sitzung des 14. Jugendhilfeausschusses am Folgetag als schriftliche Mitteilungen vorgelegt werden sollten.

Ende der Sitzung

Ingo Junker bedankte sich für die Mitarbeit und schloss die Sitzung gegen 20.35 Uhr

…… ……..

Klaus Engels
(Protokollführer)

Ingo Junker
(Vorsitzender des Unterausschusses)

gesehen:

.....

Marcus Lübken
(Beigeordneter)